



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Die Verhaltensregeln im neuen Finanzdienstleistungsgesetz

24. September 2014
Mirjam Eggen, EFD



Inhalt

1. Projekt FIDLEG
2. Verhaltensregeln
3. Kundensegmentierung
4. Neue Gesetzesarchitektur
5. Einige Thesen



1. Projekt FIDLEG

Ausgangslage





1. Projekt FIDLEG

Zielsetzungen

Verbesserter Kundenschutz

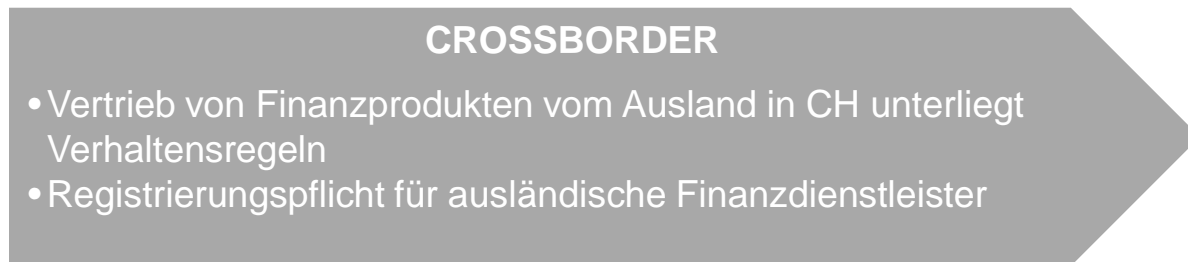
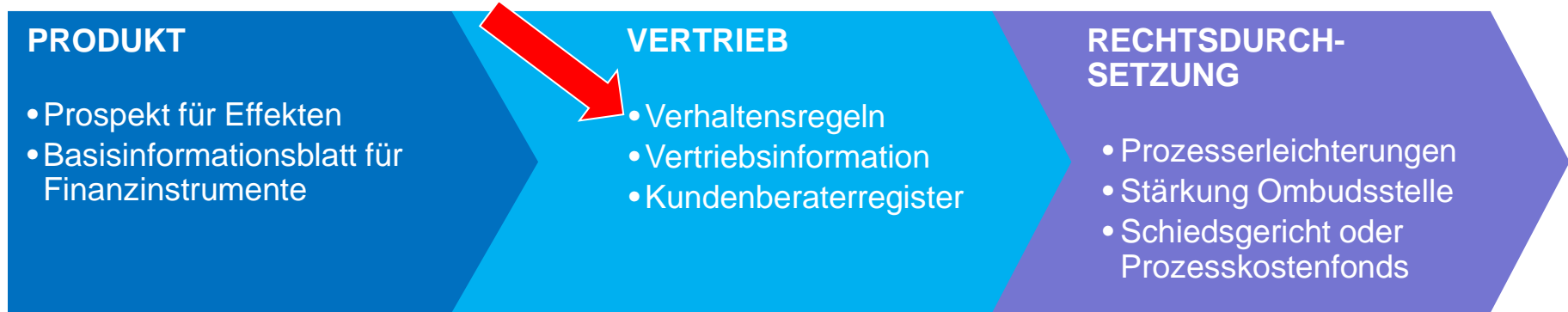
**Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
des Finanzplatzes**

**Verbesserter Wettbewerb unter den
Finanzdienstleistern**



1. Projekt FIDLEG

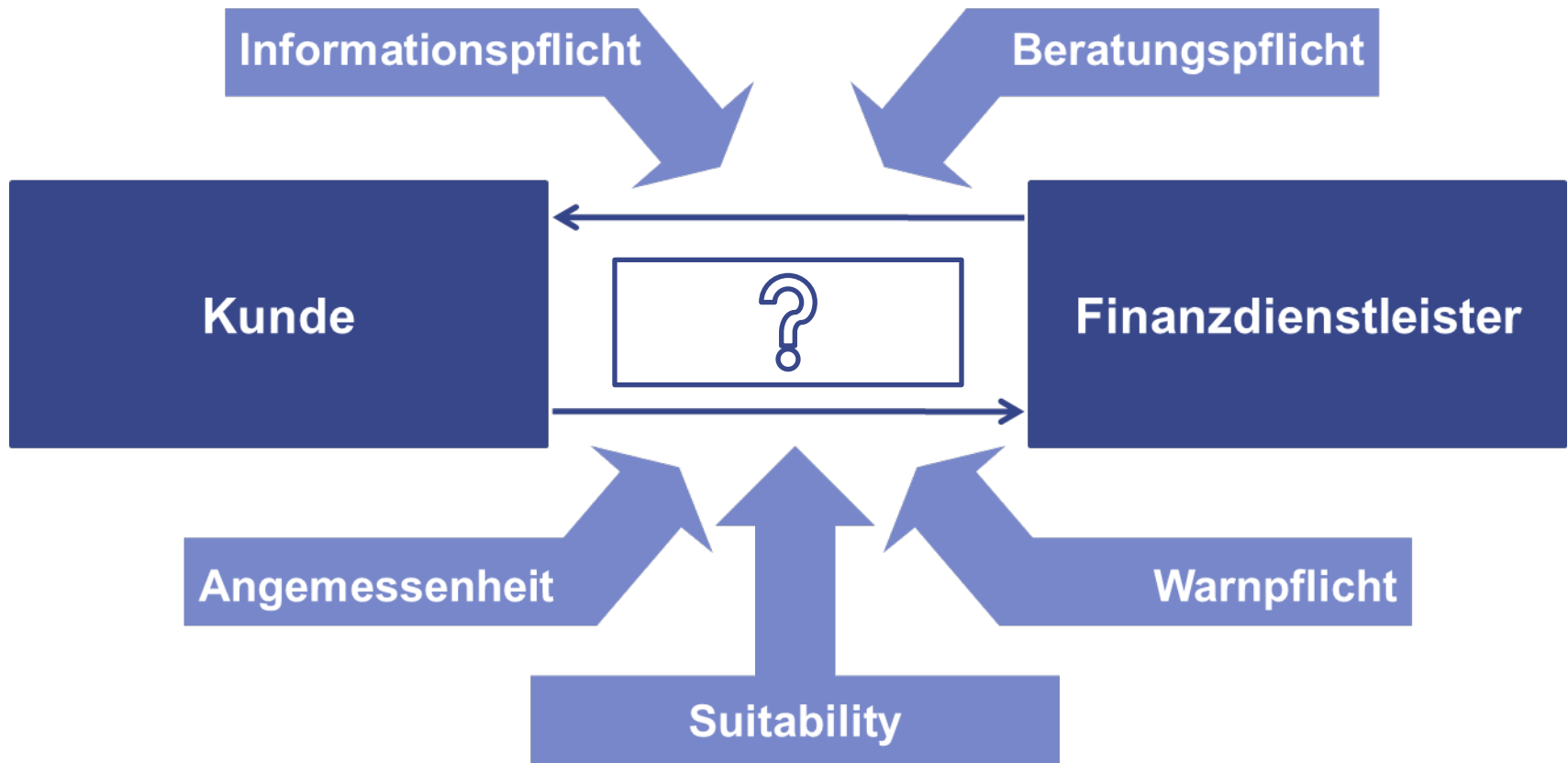
Stossrichtungen





2. Verhaltensregeln

Ausgangslage





2. Verhaltensregeln

Wesentliche Aspekte

- Angaben über **Finanzdienstleister**
- Transparenz über **Drittvergütungen**
- Vermeidung von **Interessenkonflikten**
- **Vorabinformation** des Kunden über Inhalt, Eigenschaften, Kosten und Risiken
- **Rechenschaftspflicht** nach Erbringen der Dienstleistung
- Prüfen von **Angemessenheit** und **Eignung** von Finanzinstrumenten
- Unterscheidung zwischen professionellen Kunden und Privatkunden mit Möglichkeit zum **Opting-out** und **Opting-in**



2. Verhaltensregeln

Angemessenheit und Eignung

Tätigkeit

Verwaltung
oder Beratung

Verhaltensregeln

Eignungsprüfung

- Einbezug von Erfahrungen, Kenntnissen, Anlagezielen und finanziellen Verhältnissen
- Beratung berücksichtigt Kundenbedürfnisse / **KEIN VERBOT**

Übrige
Finanzdienst-
leistungen

Angemessenheitsprüfung

- Einbezug von Erfahrungen und Kenntnissen des Kunden
- Warnung bei fehlender Angemessenheit / **KEIN VERBOT**

Execution
only

Informationspflicht

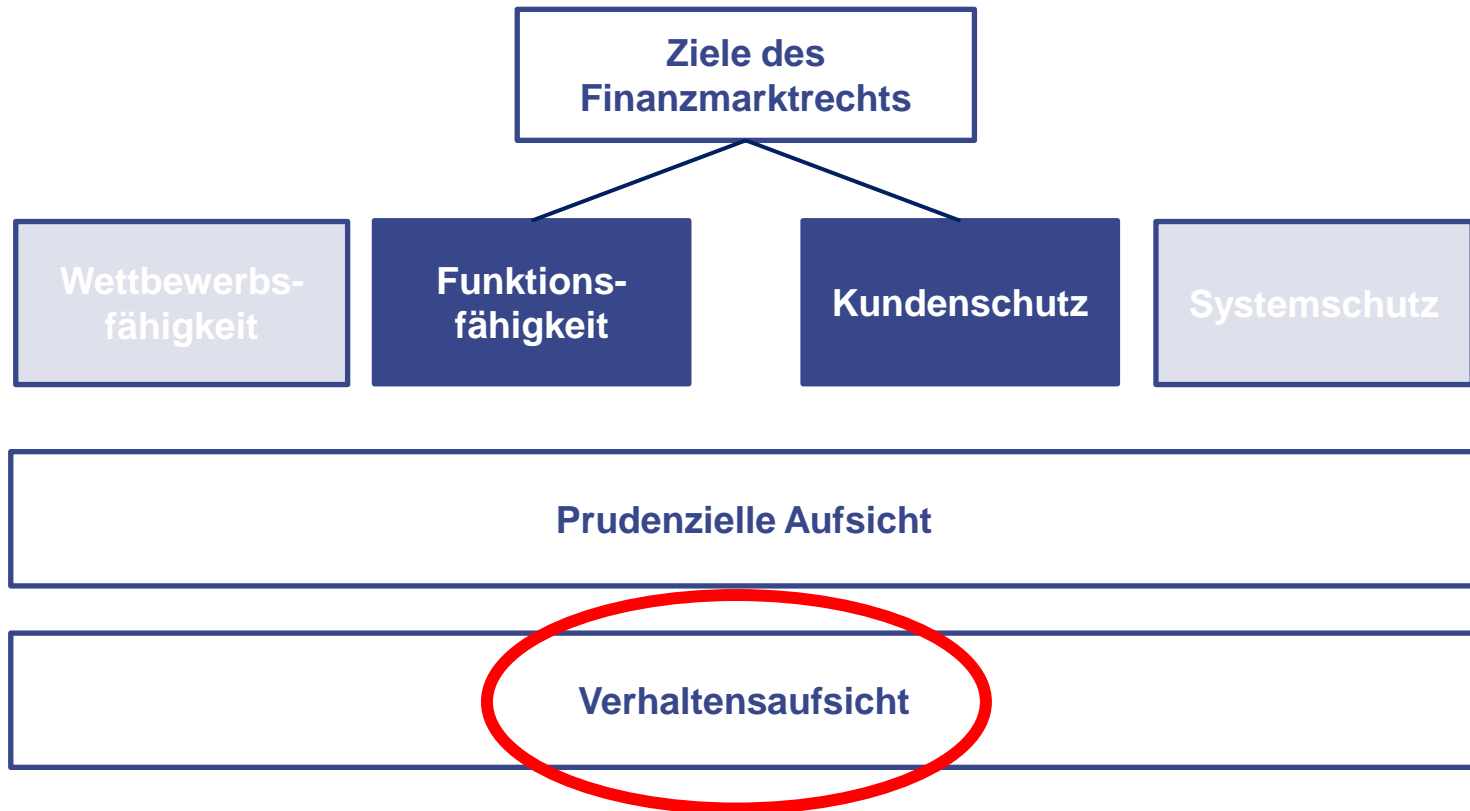
- Anwendung bei Transaktion auf Kundenanweisung
- Information über Risiken der Geschäftsart / **KEIN VERBOT**



2. Verhaltensregeln

Rechtsnatur

- Verhaltensregeln als **Aufsichtsrecht**



- Ausstrahlungswirkung** auf die privatrechtlichen Rechtsbeziehungen



2. Verhaltensregeln

Aufsichtsbehörde und Zivilgerichte

Verletzung der Verhaltenspflichten

Aufsichtsrechtliche Massnahme

- Aufsichtsbehörde kein Zivilgericht
- Befasst sich nicht mit Verletzungen im Einzelfall
- Prüft Einhaltung ex ante
- Handelt als Aufsichtsbehörde und nicht als Anlaufstelle für Beschwerden von Privatkunden

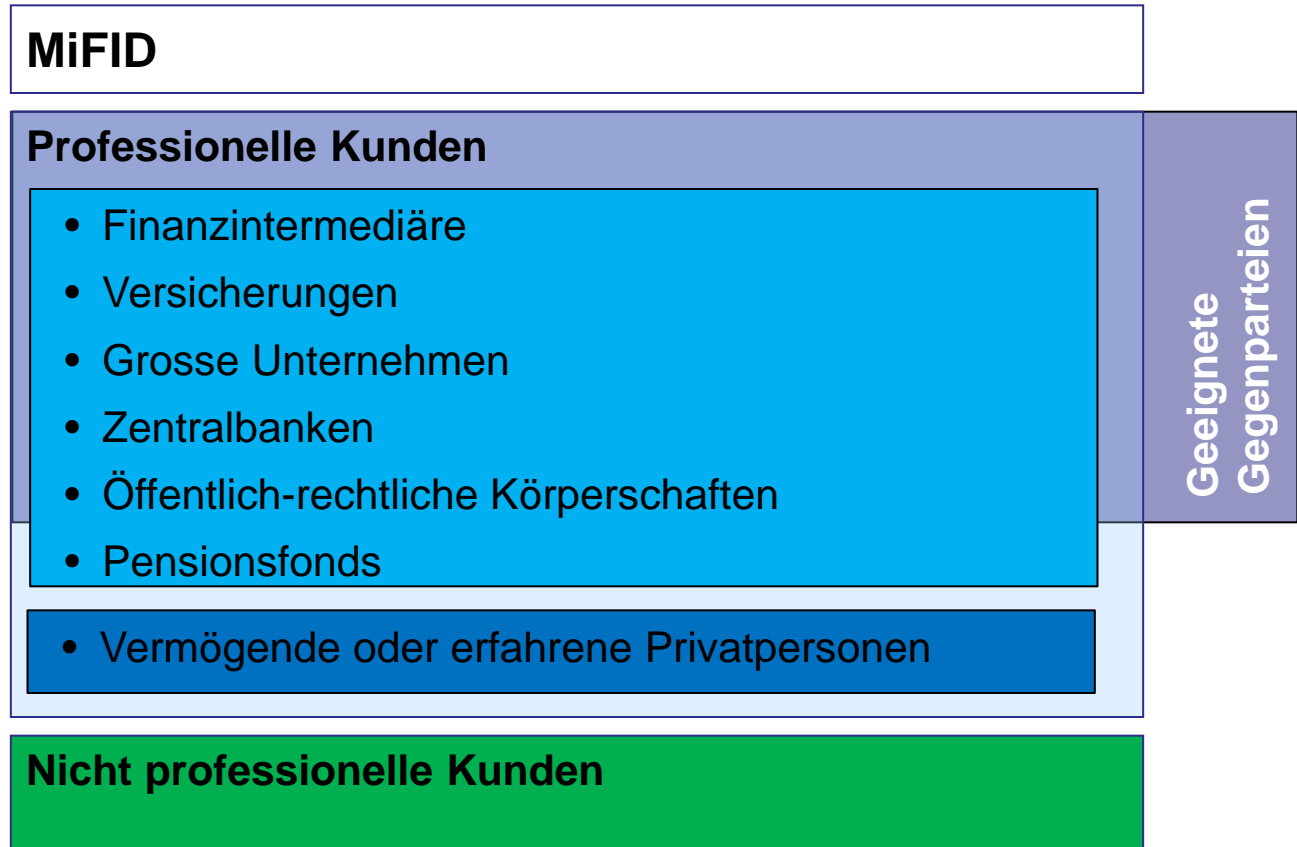
Private Rechtsdurchsetzung

- Auseinandersetzung zwischen Kunden und Finanzdienstleistern vor Zivilgericht
- Stützt sich auf privatrechtliche Rechtsgrundlagen
- Ausstrahlung der FIDLEG-Regeln



3. Kundensegmentierung

MiFID





3. Kundensegmentierung

Geltendes Recht

KAG

Qualifizierte Anleger

- Finanzintermediäre
- Versicherungen
- Unternehmen mit prof. Tresorerie
- Zentralbanken
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vorsorgeeinrichtungen

- Vermögende Privatpersonen

- Personen mit VV-Vertrag

Nicht qualifizierte Anleger

3. Kundensegmentierung FIDLEG

KAG

Qualifizierte Anleger

- Finanzintermediäre
- Versicherungen
- Unternehmen mit prof. Tresorerie
- Zentralbanken
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vorsorgeeinrichtungen

- Vermögende Privatpersonen

- Personen mit VV-Vertrag

Nicht qualifizierte Anleger

FIDLEG

Professionelle Kunden

- Finanzintermediäre
- Versicherungen
- Unternehmen mit prof. Tresorerie
- Zentralbanken
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vorsorgeeinrichtungen

- Vermögende Privatpersonen

Privatkunden

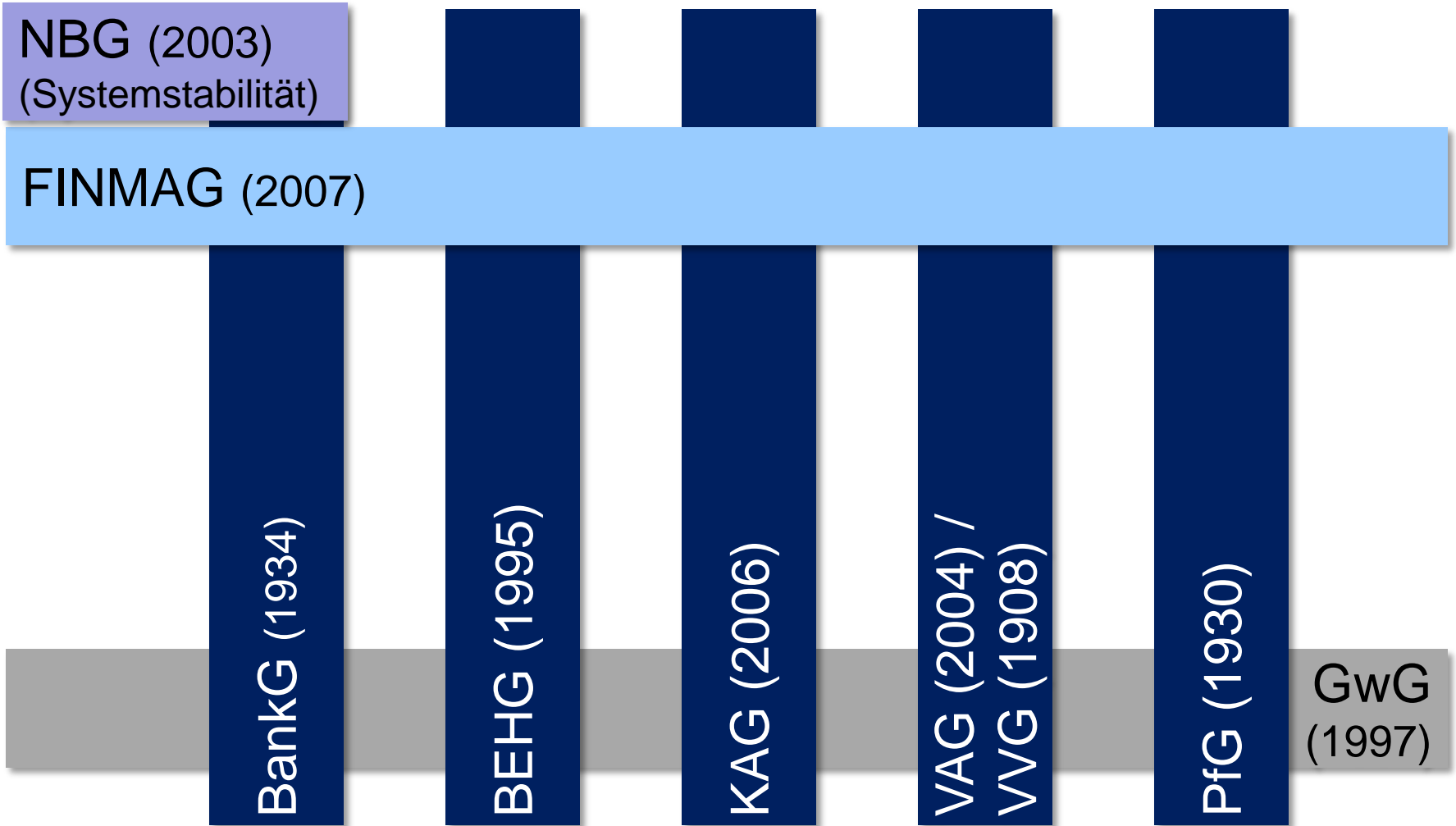
- Personen mit VV-Vertrag

Institut. Kunden



4. Gesetzesarchitektur

Geltendes Recht





4. Gesetzesarchitektur

Neue Regulierungsebenen

Aufsicht

(Organisation & Kompetenzen)

→ **Beziehung**
Aufsicht – Finanzintermediär

Finanzmarktinfrastruktur

(Regeln für Marktteilnehmer)

→ **Funktionsfähigkeit des Marktes**

Institute

(Formen & Anforderungen)

→ **Bewilligungsvoraussetzungen**

Finanzdienstleistungen

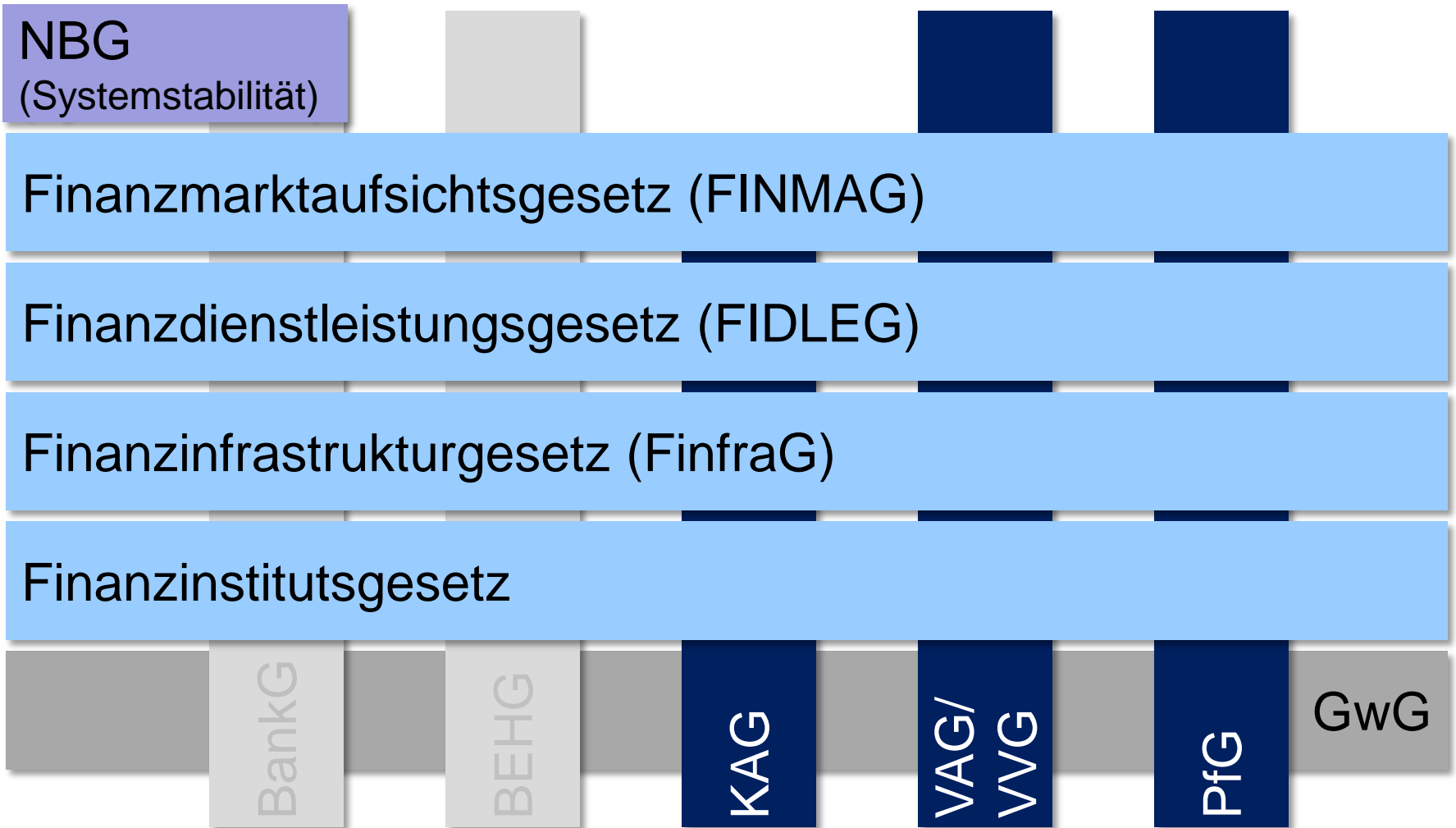
(Produkte & Vertrieb)

→ **Beziehung**
Finanzintermediär – Kunde



4. Gesetzesarchitektur

Neue Erlassarchitektur





4. Gesetzesarchitektur

Inhalt FIDLEG

1. Vertrieb

Einheitliche Verhaltensregeln für alle Finanzdienstleister
Kundenberaterregister

2. Produkt

Prospektpflicht
Basisinformationsplatz

3. Crossborder

Voraussetzungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen in CH

4. Rechtsdurchsetzung

Ombudswesen
Prozessunterstützung



4. Gesetzesarchitektur

Auswirkungen auf das geltende Recht

1

Verhaltensregeln

~~Regelung geltendes KAG~~

- ~~▪ Treue-, Sorgfalts- und Informationspflicht~~
- ~~▪ Vermögensanlage und Effektenhandelsgeschäfte~~
- ~~▪ Ausübung von Mitgliedschafts- und Gläubigerrechten~~
- Vertriebsanforderungen

~~Regelung BEHG~~

- ~~▪ Treue-, Sorgfalts- und Informationspflicht~~

Regelung FIDLEG

- Treue-, Sorgfalts- und Informationspflichten
- Vertriebsanforderungen



4. Gesetzesarchitektur

Auswirkungen auf das geltende Recht

2

Kundensegmentierung

Kundensegmentierung des KAG verändert sich unter FIDLEG nicht

Terminologie der Kundensegmente wird an FIDLEG angepasst

- Qualifizierte Anleger
 - Professionelle Kunden gemäss FIDLEG
 - Und: Kunden mit VV-Verträgen gemäss geltendem KAG
- Nicht qualifizierte Anleger
 - Nicht professionelle Kunden gemäss FIDLEG
 - Ausser: Kunden mit VV-Verträgen gemäss geltendem KAG



5. Thesen

Privatkunden

„Das FIDLEG schliesst Privatkunden von Dienstleistungen aus“

FALSCH

- Auch Privatkunden dürfen sämtliche Investitionen tätigen.
- Auch Privatkunden dürfen Execution only-Geschäfte abschliessen.
- Eignungs- und Angemessenheitsprüfung verbieten den Erwerb von unangemessenen Produkten nicht.



5. Thesen

Portfolio- versus Produktsicht

„Das FIDLEG konzentriert sich nur auf das einzelne Produkt“

FALSCH

- FIDLEG will Finanzdienstleister und Kunden nicht zu einer bestimmten Ausgestaltung ihres Verhältnisses zwingen.
- Vor Erteilung eines Rates muss der Dienstleister die Erfahrungen, Kenntnisse, **Anlageziele** und **finanziellen Verhältnisse** des Kunden erfragen.
- Der Finanzdienstleister berücksichtigt bei der Eignungsprüfung die Risikodiversifikation im **Gesamtportfolio** der Kundinnen und Kunden.



5. Thesen

Marktzutritt

„Für den Marktzutritt in die EU
braucht es keine Regeln des
FIDLEG nicht“

FALSCH

- Grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen sind unter MiFID II in vielen Mitgliedstaaten nur möglich, wenn im Heimatstaat gleichwertige Regeln vorliegen.



5. Thesen

Gerichtspraxis

„Die heutigen Mängel im
Kundenschutz können durch eine
bessere Gerichtspraxis beseitigt
werden“

FALSCH

- Gerichte entscheiden gestützt auf das geltende Recht.
- Gerichtspraxis lässt sich nicht durch politische Richtungsentscheide beeinflussen.
- Aufsichtsbehörde kann keine „Anreize“ zu einer „besseren“ Gerichtspraxis setzen.
- Kostenfaktor für Privatkunden würde auch durch „bessere“ Gerichtspraxis nicht gelöst.